

Saale-Beitung.

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. folge aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von denen Annoncenstellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bekleben die Zeile 75 Pf. Erscheinung höchstens zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

Ist Halle vierteljährlich 2,50 M., bei dreimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch den Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am nächsten Zeitungsbefehlstag unter Nr. 6378 eintragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Erscheinung von 10^u bis 12^u Uhr. (Hauptredaktion: Redaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 176.)

Nr. 215.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 9. Mai

1901.

Ein Interview Miquel's.

Wie der selbige Finanzminister v. Miquel über seine Zukunft, über die kommende Gestaltung der Reichsangelegenheit denkt, geht aus einer Unterredung hervor, die der Berliner Vertreter der Wiener 'Neuen Fr.' kurz vor der Genehmigung seines Abschiedsgeldes mit dem Minister hatte. Herr v. Miquel äußerte sich bei dieser Gelegenheit folgendermaßen:

„Meine Aufgabe ist vollbracht. Die preussische Steuerreform ist durchgeführt. Jetzt möchte ich an meinen Endzweck zurückdenken, möchte meine letzten Jahre mit Freizeitsarbeiten ausfüllen und mit schriftstellerischen Arbeiten. Es ist immer ein Bedürfnis von mir gewesen, eine Geschichte der deutschen Verfassung zu schreiben, die ich zum großen Teile mitteilen habe. Und dazu möchte ich viel Material haben. Die Geschichte hat stets meine Lieblingsbeschäftigung gebildet. Jeden Abend vor dem Schlafengehen nehme ich mir ein historisches Buch vor. Außerdem habe ich eine Geschichte gelesen, und ich habe gesehen, daß der politische Staat zu Grunde gegangen ist, weil ihm der Mittelstand fehlte. Jetzt habe ich ein englisches Werk über die Zeit der Königin Elisabeth in Händen, das mit der Epoche zum Bewußtsein gebracht hat. Der Verfasser vergleicht das heutige England mit dem des 16. Jahrhunderts und kommt zu dem Schluß, daß die Herrschaft der Königin Elisabeth in politischer wie in kultureller Beziehung hoch über der heutigen Zeit stand. Nur eines räumt der englische Historiker auch dem heutigen England nach. 'Wir führen einen rickeligen Krieg,' sagt er, 'und doch besteht Eintracht darüber, daß jetzt, wo er einmal begonnen ist, alle Kräfte angelegt, alle Mittel benützt werden müssen, um ihn hierauf zu beenden.' Das ist ein schönes Zeugnis, das der englische Historiker dem politischen Sinn seiner Landsleute anstiftet. Ich möchte das Gefühl haben, daß sich in Deutschland etwas ereignen würde, sollte dieses einmal in einem ähnlichen Krieg verwickelt werden. Die Deutschen sind eben noch kein politisches Volk. Was liegt in der Zukunft, wo die Franzosen sich im Bewußtsein der politischen Sinn der Deutschen gefühlt haben! Man schämt sich auf die deutsche Regierung. Aber was soll die deutsche Regierung machen, da sie in dem Bewußtsein keine Partei hat, auf die sie sich stützen kann? Und wenn die Aufhebung des deutschen Reichstages die Ursache für die Mängel der deutschen Politik wird, was anders ist schuld an diesen Mängeln, als das deutsche Volk, das den Reichstag in dieser Weise zusammensetzt?“

„Und der Kanal, Excellenz?“
„Der Kanal wird gebaut werden, das ist sicher. Es ist ein Gebot der Vernunft, daß er gebaut wird. Die Deutschen würden sich dem Vorwurf der Unfähigkeit anschließen, wenn sie darauf verzichteten wollten, ihre parallel laufenden großen Flüsse durch Kanäle untereinander zu verbinden. Wenn der Kanal heute nicht anzuhande kommt, so wird es vielleicht in fünf Jahren sein. Aber zuzunehmen können wir es. Heute freilich ist die politische Situation so verwickelt als möglich. Die Konventionen wollen nicht, und es ist schwer, die Konventionen zu zwingen. Die Konventionen haben die preussischen Schichten gefolgt, haben fast Generationen der preussischen Verwaltung, die letzten Männer geleitet. Das bedeutet eine Macht in der Saale; es ist zu fürchten, daß die Regierung, wenn sie es mit einem Zug zu verbinden wollte, die Konventionen nur dahin brächte, zu sagen: 'Nun gerade nicht.' Mit der Aufhebung des Abgeordnetenhauses wird eben eine Mehrheit gegen den Kanal enthalten sein das alte. Die Mehrheit auf dem Lande wird also antwortlich, nicht bloß die Unzufriedenheit, sondern auch die Bauern, denen man einredet hat, daß sie mit ihren Steuergebern den Kanal bauen sollen, um die Produktivität im Westen noch weiter zu machen als sie schon sind. Immerhin, man darf den Königsgedanken nicht fallen lassen. Er wird schon durchgeführt sein, wenn man nur konsequent dabei bleibt. Und das ist in der Politik überhaupt das Mittel, alles Große zu vollbringen: die Konsequenz.“

Herr v. Miquel war mir konsequent in der Aufzählung und deshalb ist er auch im letzten Augenblick die Aufhebung des Abgeordnetenhauses vor, mit der nach seiner Meinung, 'nichts gewonnen' wäre. Außer einer Finanzverwaltung seiner Entlassung und vielleicht der Sieg des Grafen Witow. Im übrigen glauben wir, es wäre besser gewesen, Herr v. Miquel hätte sich nicht interviewen lassen. Indem er den Agraristen antwortet hat, daß für eine Macht sie darstellten gegenüber einem nachlässigen Saale, haben sie mir eine neue Hohenfähring erhalten in ihrem Komplex gegen den Kanal. Sie sind nicht ein dem Munde eines Staatsministers, daß sie auf Schöpfung rechnen dürfen, weil man an die Vergende von der Ministerpflicht ist ihrer Macht glaubt.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

„In Gegenwart des Herzogs und der Herzogin Ernst Günther zu Schleswig-Holstein fand gestern in der Schlosskapelle zu Ritschl eine Gedächtnisfeier für die verlebte Königin Viktoria statt.
Die Königin Elisabeth der Niederlande und der Belgien-Gemahl Heinrich sind gestern früh von Schloss Het Zoo nach Schiedam abgereist.“

Politisches.

„Der Reichsanzeiger“ veröffentlicht nachfolgende aus Schluß vom 8. Mai datierte Sandbriefe des Kaisers. Das

Schreiben an den bisherigen Landwirtschaftsminister Herrn v. Hammerstein-Vogten lautet:

„Neben dem Ihnen durch Erlass vom heutigen Tage die nachstehende Dienstauftrag in Händen erhielt habe, kann ich es mir nicht verhehlen, Ihnen für die außerordentlichen Dienste, welche Sie in freier Abgrenzung an der Verantwortungsvollen Amt mit und dem Vaterlande geleistet haben, meinen warmen Dank auszusprechen. Als Zeichen meines Wohlwollens verleihe ich Ihnen die königliche Krone zum Großkreuz des Hohen Adlerordens und lehne ich Ihnen die Insignien hieran aus.“

Das Schreiben an den bisherigen Handelsminister Graf v. Helldorf lautet:

„Im Ihnen bei Ihrem Auftritte an dem Staatsdienst für die langjährigen und treuen Dienste, welche Sie in allen Ihren bisherigen Ämtern meinen Vorgesetzten an der Krone, mir und dem Saale geleistet haben, meinen königlichen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen, verleihe ich Ihnen das Großkreuz des Hohen Adlerordens mit Insignien, dessen Insignien hier angeschlossen sind.“

„Wie wir aus zuverlässigen Quellen erfahren, gerät die Besage einiger Blätter, daß die Ministerkabinette des dem Oberpräsidenten v. Helmreich am 8. Mai v. g. angebotenen Ministerkabinetts mit dessen Verabreichung in Verbindung steht, auf Irrtum. Herr v. Helmreich-Hollweg hatte vielmehr am Freitag, den 2. d. am Tage des Landtagschlusses - seinen Urlaub bereits angetreten und war frühmorgens dem Reichstag nach Berlin gefahren, um sich von hier aus mit dem am 8. Uhr 10 Min. abgehenden Zuge nach Kitzingen zu begeben. Erst am der Fahrt hierher erhielt er von der in Aussicht stehenden Staatskassation und hat infolgedessen seine Reise nur für einige Tage unterbrochen.“

„Die neuen Minister wurden gestern in einer Sitzung des Staatsministeriums mit einer Ansprache des Ministerpräsidenten eingeführt. Im Handelsministerium hielt Unterstaatssekretär Hofmann für den Minister Graf v. Helldorf die Rede. Abhandlung wurde Herr Müller vorgelesen und hielt eine kurze Ansprache. Müller will sich nach nächsttägigem Besuch seiner Familie in Wiesbaden dem Kaiser bei dessen Anwesenheit in der Reichshaus vorstellen. Im Reichspostamt hat nach der 'Walzsta.' Unterstaatssekretär Pfeiffer um einen längeren Urlaub angetreten. Das betriebe seinen Abschied nachzugehen, ist nach der 'Walzsta.' ungewiß. Im Finanzministerium hat Unterstaatssekretär Gernert sich in seiner Gemüthsruhe erfüllt gefühlt, aber auf Wunsch des neuen Ministers von einem Abschiedsbesuch Abstand genommen. Dagegen hat Ministerassistent Graf v. Bismarck aus dem Finanzministerium um seinen Abschied gebeten.“

„Als ein konservatives Kabinett mit kleinem rechtsnational-liberalen Einschlag charakterisiert habe, die 'Kön. Volksztg.' die Umbildung des Staatsministeriums. Da Herr Graf v. Helldorf ungewiß aber rechtsnational-liberal war, wie Müller, so sei das Staatsministerium nicht um eine Nuance liberaler geworden. Herr v. Helldorf hat nach neulich selbst gesagt, nach außen hin sei er ein Anhänger der Weltpolitik, nach innen aber Agrarier. Hätte der Kaiser dokumentieren wollen, daß er ein Gegner der Agrarier sei, so würde er gerade das Landwirtschaftsministerium gewiß mit einem anderen Namen besetzt haben.“

Richt- und Schul.

„Die Entlassungsprüfung an den sechsstelligen Anstalten soll, nachdem die Prüfungsprüfung an den neu-gegründeten Schulen befristet worden ist, jetzt auch verlehrt werden, indem sie nicht mehr eine Abkürzung, sondern eine Verlesungsprüfung wird. Die Prüfungscommissionen sollen aus den Vertretern der oberen Klasse, dem Direktor und einem Kommissar bestehen. Nach der 'Krauztg.' liegt es in der Pflicht der Schulverwaltung, zu Kommissionen nicht allein Mitglieder der Provinzialhochschulen, sondern auch Direktoren der Volkshochschulen zu bestellen.“

Parlamentarisches.

„In Sachen der Getreidebesitz erklärte gestern der Staatsminister Heintze in der Sitzung des kurgurgothalischen Landtages, die Regierung könne zur Tariffrage entscheidende Stellung nicht nehmen, bevor ihr der Zolltarifentwurf zugegangen ist. Die kurgurgothalische Regierung trage indessen seine Bedenken, schon jetzt grundsätzlich zu erklären, daß sie noch den sorgfältigsten gesonderten Beschäftigungen und Bedürfnissen der Herzogtümer sich für verpflichtet erachtet, der Politik in der Getreidebesitzung zu tragen, daß die amerikanischen Volkshochschulen, insbesondere diejenigen mit einem selbstgegründeten Einkommen, von einer sicheren Verlesenerung der notwendigen Abgabemittel beschützt werden und den Erzeugnissen anderer Gewerbesphären die Verwertung an den Märkten des Auslandes durch den Abfluß entsprechender Handelsverträge auch für die Zukunft ermöglicht wird. Ein freilichmaliger Antrag gegen die Erhebung der Getreidebesitz wurde im Landtage mit 19 gegen 8 Stimmen angenommen. - Diesen guten Beispiele der ersten Bundesregierung, die zur Getreidebesitznahme Stellung nimmt, mögen andere Staaten folgen, damit die Lage weiter gefahrt werde und die agrarischen Wünsche endlich ihr Verwirklichung finden.“

„Die 'Tollens'-Kommission hat in der gestrigen Sitzung die 1. und 2. Abhandlung des Helldorf und Graf v. Helldorf mit demselben einem Aufsatze des Centrums, unter Ablegung sämtlicher Änderungsanträge, wie sie von den Abg. Kaufmann (fr. Rp.), Dr. Heber (nl.), Gölle (Soz.) gestellt waren, zum Beschluß erhoben. § 4 lautet:
„Die Abgabe der Abkürzungsbesitzung bewirkt, daß der Abkürzungsbesitzungen, welche auf der persönlichen Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft beruhen, nicht mehr verlehrt wird.“

„Stellungen, welche nicht auf der persönlichen Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft beruhen, insbesondere Stellungen, welche kraft besonderer Beschäftigung auf bestimmten Grundstücken beruhen oder von allen Grundstücken des Bezirkes oder doch von allen Grundstücken des Bezirkes zu entnehmen sind, werden durch die Abkürzungsbesitzung nicht berührt.“

Der vom Centrum nun beantragte § 4 lautet:

„Niemand ist verpflichtet, zur Verleihung der Bewilligung einer Religionsgemeinschaft, zu der er nicht gehört, mittels Geldes beizutragen, wenn nicht ein gemeinschaftlicher Gewinn oder ein besonderes Rechtsverhältnis besteht.
Demnach ist der erste Abschnitt des Centrumsantrags zu Ende beendet. Die Kommission beschloß, am Donnerstag in die zweite Sitzung einzutreten. Bei der Geschäftsverteilung des Tages und bei der Unmöglichkeit, auch den zweiten Abschnitt ('Freiheit der Religionsgesellschaften') vor den freien zu Ende zu beraten, zog das Centrum, einer von den Vertretern verabschiedete andere Kommission gegebener Anregung folgend, die §§ 5-10 seines Antrags zurück. Damit ist auf eine Entscheidung des Reichstages über den zweiten und freilichmaligen Teil von nationalökonomischer, vorsonstiger und freilichmaliger Seite von Anfang an grundsätzlicher Widerspruch geltend gemacht wurde, verfehlt. Ob eine zweite Verlesung des ersten Abschnitts (§ 1-4) vor den freien noch im Plenum stattfindet, ist zur Zeit ungewiß.“

„Die Reichstags-Kommission für das Schaumwein- und Biergesetz nahm die §§ 1 und 2 in der Sitzung an, wonach Schaumwein aus Bayern, nach der Fruchtigkeit und alle schaumweinähnlichen Getränke einer Verlesungsabgabe von 60 Pfg. für die Hektoliter unterliegen.“

„Der Reichstagsabgeordnete für den ersten Wahlkreis der Regierungskreis Königsberg - Annel-Schubert, der Reichthorner Smolatzky, ist gestern in Tilsit gestorben.“

„Im württembergischen Landtage stellte Minister Freiherr v. Goben gestern bei der Beratung des Eisenbahnbudgets mit, auf seine Anfrage an die überständigen Regierungen wegen einer neuen Konferenz über eine fidejussorische Tarifermäßigung sei kein übereinstimmendes abgelehntes Abkommen eingeleitet, da der gegenwärtige Zeitpunkt politischer Unsicherheit und wirtschaftlicher Depression der Verlesung der Tarifreife sei zur Verbilligung der Tarife. Er verleihe sich einer solchen, namentlich für den Badener, durchaus unzulässig gegenüber, mißte aber auch zu großer Vorzicht mahnen.“

Arbeiterbewegung.

„In Hamburg begann gestern morgen, entzündete einem am Dienstag abend gestohlenen Beschüsse, ein Ausstand der Kupferarbeiter. Der Betrieb der Werken ist indes vorläufig noch unbehindert weiter; es ist keine verborene Einwirkung des Ausstandes auf ihren Geschäftsbetrieb zu konstatieren, da die Kupferindustrie nur einen geringen Teil der Arbeiter befreit.“

Heer und Flotte.

„Neue Mannschaften für das deutsche Corps in Oesterreich werden nicht allein bei den Freiwilligenkontrollverksamlungen gesucht, wie bereits gemeldet wurde, sondern werden auch an die aktiven Truppen in wieder anfragen wegen freiwilligen Eintritts in die österreichischen Heeresangelegenheiten - Diernach scheint an die Beschäftigung des deutschen Kontingents aus China noch lange nicht gedacht zu werden!“

„S. W. S. 'Kurfürst Friedrich Wilhelm', Kommandant Kapitän zur See von Holtenboff, ist am 7. Mai in Wunung enttroffen. - S. W. S. 'Kaiserin Augusta', Kommandant Kapitän zur See von Stein, ist am 6. Mai in Tilsit an enttroffen. - S. W. S. 'Geyer', Kommandant Kapitän zur See von Stein, ist am 8. Mai in Wunung enttroffen und hat den Tag nach dem Anker wieder verlassen, um nach Hongkong zu dampfen.“

Deutscher Reichstag.

(Recht der Saale-Ztg.)

9. Sitzung vom 9. Mai, 1 Uhr.

Das Haus ist nicht besetzt.
Am Bundesratsstische: Graf Solobowich u. a.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Verlesung des Reichsgesetzes.
In der Generaldiskussion erklären die Abg. Dr. Schmidt-Mainz (Fr.), Wallendorf (Fr.), Dr. Reinhard (nl.), Schiller (Fr.), Frey (Fr.), Gohens (Fr.), Hilpert (Wun.-V.), Wintermeyer (Fr.), daß sie sich nach dem von dem Reichs-Verordneten Hohenfähring einander Punkte für das Gesetz stimmen werden.
Eine Spezialdiskussion findet nicht statt; das Gesetz wird auf Antrag des Abg. Dr. Wankersborn (nl.) an bloc einstimmig angenommen.“

Es folgt die Verlesung der zu dem Gesetz von der Kammer der Reichstagsmitglieder. Durch die erste Verlesung werden die verbindlichen Bestimmungen erucht, dem Reichstagsabkürzungsbesitz den Entwurf eines Reichsgesetzes vorzulegen, welches die Überwachung des Verkehrs mit Waren und Gegenständen nach Maßgabe der bestehenden Reichsgesetze durch Verlesung besonderer Beamten hierfür einrichtet resp. abändert. Dr. Heide (Wun.-V.) beantragt die Verlesung nach einheitlichen Grundstücken und auf Grund der bestehenden Gesetze erfolgt.
Staatssekretär Graf Witowitsch weist darauf hin, daß die Kontrolle der Abgabemittel eine Aufgabe der Polizei sei, die sich von den übrigen Aufgaben der Polizei nicht trennen lasse. Die Kontrolle müßte deshalb landesgesetzlich geregelt werden.
Die Resolution von Helldorf und Graf v. Helldorf beantragt die Verlesung einstimmig angenommen.
Die übrigen Resolutionen werden auf Antrag des Abg. Schmidt-Greif (Fr.) (stell. Volkst.) von der Tagesordnung abgesetzt.“

Es folgt die zweite Verlesung des von dem Abg. Gröber und Gen. (Cent.) eingebrachten Gesetzesantrags betreffend Abänderung der Reichsverfassung (Witow-Antrag).
„Die 'Tollens'-Kommission hat in der gestrigen Sitzung die 1. und 2. Abhandlung des Helldorf und Graf v. Helldorf mit demselben einem Aufsatze des Centrums, unter Ablegung sämtlicher Änderungsanträge, wie sie von den Abg. Kaufmann (fr. Rp.), Dr. Heber (nl.), Gölle (Soz.) gestellt waren, zum Beschluß erhoben. § 4 lautet:
„Die Abgabe der Abkürzungsbesitzung bewirkt, daß der Abkürzungsbesitzungen, welche auf der persönlichen Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft beruhen, nicht mehr verlehrt wird.“

